

# Wilsdruffer Tageblatt

Verantwortlicher Herausgeber: Arthur Zichunke

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Gründungspreis 4 Mk. für die 64-jährige Fortdauer oder deren Aom. Lotterpreis 10 Mk. Neulamen 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bestellungen im amtlichen Teil nur von Verlegern die Zugschulden des Verlegers zu Pfl. Anzeigenannahme bis 10 Uhr. Für die Wichtigkeit der durch Gerat übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenspruch erfolgt, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung stellt.



Gründungspreis 4 Mk. für die 64-jährige Fortdauer oder deren Aom. Lotterpreis 10 Mk. Neulamen 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bestellungen im amtlichen Teil nur von Verlegern die Zugschulden des Verlegers zu Pfl. Anzeigenannahme bis 10 Uhr. Für die Wichtigkeit der durch Gerat übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenspruch erfolgt, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung stellt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 137.

Mittwoch den 15. Juni 1921.

80. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

Donnerstag den 16. Juni 1921 abends 7 Uhr  
**Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.**

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungsgebäude aus.  
Wilsdruff, am 14. Juni 1921 Der Stadtverordnetenvorsteher.

**Ziegelstein- und Schamottesteinbruch**, lagernd an der früheren Ziegelei von Prätorius, soll verkauft werden. Angebote über Menge und Preis sind an Herrn Stadtrat Wehner zu richten.

Wilsdruff, am 14. Juni 1921.

Der Stadtrat.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

Der deutsche Wiederaufbauminister Rathenau hatte in Wiesbaden mit dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur über die schwebenden Fragen mehrere Verhandlungen.

Der Reichsarbeitsminister hat die Geltung der gegenwärtigen Höchstlöhne der Erwerbslosen für die Wintermonate gesten lassen, bis 31. Juli 1921 verlängert.

Vor dem Sondergericht in Berlin begann der Prozeß gegen den zahlreicher Straftaten angeklagten Kommunisten Böll.

Korinth-Offiziere sprachen die Drohung aus, daß jeder Versuch, ihre Leute zu entlassen, zum Unheil anschlagend müßte.

Auf Grund der Verhaftung eines britischen Konsulatsangehörigen droht der englische Gesandte in Warschau mit der Abreise.

König Konstantin ist auf einem Kriegsschiff in Smyrna eingetroffen.

Ein griechischer Torpedojäger hat Karanuffal an der Küste des Marmarameeres und Ineboli bombardiert.

### Die Konferenz von Wiesbaden

Nur unter beständigem Erörtern hat die deutsche Regierung die Tatsache bekanntgegeben, daß Dr. Rathenau, unser Wiederaufbauminister, am Sonntag in Wiesbaden eingetroffen und dort dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur begegnet ist. Zwei Tage lang hatte sie diese von Paris aus angekündigte Reise auf das Bestimmteste geleugnet — warum, weshalb, niemand kann es wissen, niemand kann es sagen.

Erst als am Montag ausführliche französische Berichte über den Verlauf der Sonntagskonferenz vorlagen, entschloß man sich, das Geheimnis preiszugeben, ein Verfahren, dessen Seltsamkeit von der öffentlichen Meinung natürlich heftig kritisiert wird. Man weiß darauf hin, daß wir mit dieser Sorte von diplomatischer Geheimnisthämerei schon die kräftigsten Erfahrungen gemacht hätten, und gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß auch ein so erfahrener Politiker, wie Herr Dr. Rathenau, sich von diesen veralteten Methoden im Umgang mit Verhandlungsgegnern nicht freizumachen weiß. Der bisherige Präsident der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft wird sich wohl darauf berufen können, daß in seiner langjährigen und reichhaltigen Geschäftspraxis Vertraulichkeit, wenn sie einmal vereinbart wurde, auch stets von beiden Seiten peinlichst gewahrt worden ist. Aber die Amtsstelle in der Wilhelmstraße hätte die Pflicht gehabt, ihn darauf vorzubereiten, daß er im Umgang mit französischen Unterhändlern nur auf ein sehr geringes Maß von Diskretion rechnen dürfe. Er wäre dann nicht von der Tatsache überrascht worden, daß Herr Loucheur, kaum, daß die erste fünfstündige Unterredung mit dem deutschen Reichsminister beendet war, seinen journalistischen Vertrauensmännern vom „Matin“ und „Petit Parisien“ alles haarklein erzählte, was er soeben mit Herrn Dr. Rathenau geredet hatte. Die Franzosen fühlen sich aller internationalen Rücksichten, aller geschäftlichen Formlichkeiten überhoben. Und wie?

Doch das sind schließlich Nebenerscheinungen, die der sachlichen Bedeutung der Wiesbadener Konferenz keinerlei Eintrag tun können. Herr Loucheur kennzeichnet sie als einen allgemeinen Gedankenaustausch, von dem aus man unter günstigen Umständen auch in den Einzelheiten der Wiederherstellungsfrage einander näher kommen könnte. Der amtliche deutsche Bericht spricht davon, daß Übereinstimmung in dem Bestreben gebräucht habe, die Aufgabe des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete in großem Ausmaß und im beschleunigten Tempo weiterzuführen. Im übrigen beschränkt er sich darauf, ganz kurz die Fragen zu nennen, über die in der Sonntagskonferenz, in stündiger persönlicher Aussprache verhandelt wurde: Sachleistung, Arbeitsleistung und Finanzierung. Ungleich ausführlicher sind die französischen Mitteilungen gehalten. Hier wird zunächst verlesen, daß Rathenau wiederholt auch auf Übersichten zu sprechen kommen wollte, daß aber Loucheur diese Bemühungen abgewehrt habe, weil er mit Politik nichts zu tun habe. Dagegen habe der deutsche Minister die wirtschaftliche Lage Europas in aller Ausführlichkeit schildern können und ebenso seine Abneigung gegen die 20prozentige Ausfuhrabgabe. Sowohl in der Frage der festen Jahresleistungen, wie in der Regelung der Kreditfrage soll Rathenau andere vom Inhalt des Ultimatums abweichende Vorschläge angedeutet haben, ohne jedoch schon endgültige Pläne vorlegen zu können. Dabei habe Herr Loucheur sehr ausdrücklich zu versichern gegeben, daß Deutschland auf keinen Fall eine Garantie der Verbindlichkeiten für seine etwaigen Anleihen erhalten würde. Und als Dr.

Rathenau zu den Sachleistungen überging, mit denen Deutschland bekanntlich einen sehr erheblichen Teil seiner Wiederherstellungsschulden abzutragen gedenkt, scheint Herr Loucheur noch mehr Wasser in den ach obnehin schon so dünnen Wein der deutschen Leistungsmöglichkeit hineingetan zu haben. Während nämlich das Londoner Abkommen bestimmt, daß deutsche Sachleistungen und französische Zahlungen dafür sich in ihren Jahresbeiträgen decken sollen, betonte Herr Loucheur die Notwendigkeit, die französischen Zahlungen für mehrere Jahre abzulösen; andernfalls hätte Frankreich nur ein geringes Interesse an den deutschen Sachleistungen. Er würde es für besser halten, wenn Deutschland sich zu Materiallieferungen als Vorstoß auf spätere Zahlungen Frankreichs verstehen wolle. Mit anderen Worten: Frankreich hat schon diese erste persönliche Aussprache mit einem Mitgliede der deutschen Regierung dazu benutzt, um den Versuch zu machen, sich noch über die Bedingungen des Ultimatums hinausgehende finanzielle Vorteile zu sichern. Dr. Rathenau ist ja Geschäftsmann genug, um die Tragweite dieser Vermutungen von vornherein zu erkennen. Daß er aber sonderlich angenehm verhalten sein mag von dem Verhalten seines Vertragsgegners, das doch einigermassen an gewisse Gepflogenheiten bei Pferdebörsen erinnert, wird ganz bestimmt nicht anzunehmen sein.

Ganz wie sein Herr und Meister Briand, der Ministerpräsident, begleitet auch Herr Loucheur das Geschäft, das er in Wiesbaden abzuschließen oder zu fördern gedenkt, mit mancherlei Schmeicheleiworten für den deutschen Unterhändler. Er habe Herrn Rathenau als einen Mann kennen gelernt, der von den besten Absichten besetzt sei und den christlichen Willen kundgegeben habe, Deutschlands Unterwürigkeit zu respektieren. Doch müsse man erst die Erörterung der einzelnen Fragen abwarten, um sich eine Meinung über die möglichen Ergebnisse dieser Unterredungen bilden zu können. Dieser Meinung wird zweifelsohne auch Herr Dr. Rathenau sein und deshalb um so vorsichtiger in der Wiedergabe seiner persönlichen Eindrücke in Wiesbaden verfahren.

Nach der Möglichkeit eines unmittelbaren Gedankenaustausches von Regierung zu Regierung haben unsere letzten Reichskabinette schon seit Jahren Verlangen getragen, daß sie jetzt — freilich erst nach Annahme des Ultimatums — gewährt wird, ist wohl mit Freude zu begrüßen, doch wäre dieses Zugeständnis viel zu teuer erkauft, wenn es mit der Übernahme von Verpflichtungen, die gar noch über das Ultimatum vom 5. Mai hinausgehen, bezahlt werden müßte.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

#### Die weittragenden deutschen Geschäfte.

Die Internationalisierte Militärkontrollkommission hat die deutsche Regierung um Auskunft über den Verbleib der sehr weittragenden Geschäfte er sucht, die im Kriege von dem deutschen Heere verwendet worden sind. Ihre Anfrage ist wie folgt beantwortet worden. Während des Krieges sind im ganzen 7 sehr weittragende Geschäfte erbaut worden. Von ihnen sind 4 während des Krieges unbrauchbar geworden und zerstört worden. Bei Kriegsabbruch waren noch 3 solcher Geschäfte vorhanden, von denen ein Rohr Ende April 1919 in Essen zertrümmert, das zweite am 18. November 1919 auf dem Versuchsspiel Reppen gesprengt, das dritte am 22. November 1919 in Magdeburg zertrümmert worden ist. Die Teile dieser drei Rohre sind verschrottet.

#### Aufhebung außerordentlicher Gerichte.

Die außerordentlichen Gerichte in Arnberg, Dortmund, Elberfeld, Münster, Wesel, Stendal, Altona, Flensburg und Meiningen sind aufgehoben worden. Die Aufhebung weiterer außerordentlicher Gerichte steht bevor.

#### Gegen die Zurückhaltung von Deutschen in Avignon.

Zu vielen größeren Städten Deutschlands fanden am Sonntag Protestkundgebungen gegen die Zurückhaltung von 115 deutschen Kriegsgefangenen in Avignon durch Frankreich statt. Tausende von Personen beteiligten sich in Berlin, Leipzig, Breslau, Hamburg usw. an Umzügen und Versammlungen, in denen Entschuldigungen, welche die Ungerechtigkeit der französischen Regierung beurteilen, gesagt wurden. Proteste sollen an den Papst, den Völkerbund und sämtliche Regierungen des Auslandes gehen.

#### Keine Demissionierung der Entwaffnung in Bayern.

Zu der durch die Presse gegangenen Meldung, daß die Völkervereinigung für die Auflösung und Entwaffnung der bayerischen Einwohnervetern weitere Fristen in Aus-

sicht genommen habe, hat die Reichsregierung sofort amtliche Erklärungen eingegeben und die Mitteilung erhalten, daß die Nachricht unzutreffend sei. Die Völkervereinigung hat sich in ihren letzten Sitzungen mit der Frage der bayerischen Einwohnervetern überhaupt nicht befaßt und insbesondere eine Ausschließung der Termine nicht beschlossen.

#### Demokraten und Deutsche Volkspartei.

In Magdeburg fand eine Vertrauensmännerversammlung der Deutschen Demokratischen Partei des Wahlkreises Magdeburg-Anhalt statt, in der Reichsminister Schiffer sprach. Hinsichtlich der inneren Politik betonte der Redner, daß die Demokratische Partei die Tür für die Deutsche Volkspartei offen halten wolle zu sachlicher Zusammenarbeit. Nach dem Schlußwort des Ministers wurde eine auf seine Rede bezugnehmende Entschließung gefaßt.

#### Der Proteststreik in Bayern.

Der als Protest gegen die Ermordung des Abg. Gareis ausgetretene Streik hatte sich über die Grenzen Münchens ausgebreitet und sich auch auf Nürnberg, Koburg und andere Orte verbreitet. Dennoch konnte von einer allgemeinen Arbeitsruhe nicht die Rede sein, zur Hauptfache wurden die großen industriellen Werke betroffen, teilweise auch die Straßenbahnen, die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke. Die Zeitungen waren vielfach am Erscheinen verhindert. Die sozialistischen Parteien propagierten den Streik. Eine große Kundgebung auf der Theresienwiese, der die geschlossene Teilnahme an dem Begräbnis folgen sollte, wurde verboten. — In Berlin wurden Montag eine Anzahl Versammlungen der Sozialdemokratie veranstaltet, in der Protestentscheidungen gegen das Attentat auf Gareis gefaßt wurden. An die Versammlung schloß sich ein Demonstrationzug und eine gemeinsame Schlußkundgebung.

#### Geht über die jetzige Regierung.

Auf dem Landespartietag der Deutschen Nationalen Volkspartei für Baden führte der frühere Minister Bergt u. a. aus, die heutige Reichsregierung sei nur eine Regierung von Glücksrittern. Sie hätte bei ihrer Programm-erklärung bestimmte Wege zeigen, nicht nur Schlagworte geben müssen. Man müßte die verschiedenen Stände zusammenbringen, denn sie müssen alle zur Erfüllung des Ultimatums eingeschaltet werden. Wenn ein solches Regierungsprogramm verhandelt worden wäre, wäre der Standpunkt, den die Deutsche Volkspartei eingenommen hat, erheblich gewesen. Das Regierungsprogramm, das Dr. Wirth gegeben hat, sei eine Enttäuschung gewesen.

#### Großbritannien.

× **Polnisch-britischer Zwischenfall.** Die Londoner Mäntel beschäftigten sich mit einem in Warschau entstandenen Konflikt. Infolge der zeitweiligen Zurückhaltung eines Angestellten des britischen Postbureaus durch die polnischen Behörden hat der britische Gesandte eine Entschuldigung von der polnischen Regierung gefordert. Ministerpräsident Brios drückte sein aufrichtiges Bedauern über den Zwischenfall aus. Der britische Gesandte bestand auch darauf, daß sich der für den Vorfall verantwortliche Präsident des polnischen Kriegsgerichts innerhalb kurzer Zeit entschuldige. Wenn diese Entschuldigung nicht erfolge, werde der britische Gesandte seine Wäffe fordern.

#### Frankreich.

× Die Reichsgerichtsurteile im französischen Senat. Über die Urteile, die das Reichsgericht bis jetzt gegen die Kriegsschuldigen gefällt hat, wird demnächst der französische Senat in öffentlicher Sitzung verhandeln. Senator Duplantier hat dem Ministerpräsidenten Briand mitgeteilt, daß er raschstens von ihm Auskunft haben möchte, über die Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenkt, damit die deutschen Kriegsschuldigen gemäß den Bestimmungen von Versailles bestraft würden.

#### Holz vor seinen Richtern.

8 Berlin, 13. Juni.

Heute begann hier vor dem Sondergericht der Prozeß gegen den vielgenannten Techniker Max Holz, der seit den Tagen des Kapp-Zuuges wiederholt in seiner sächsischen Heimat und in den letzten Monaten in Mitteldeutschland und in Berlin während der unheilvollen kommunistischen Aufwühlbewegung als Landesherr und Attentatschürer eine ebenso große wie gefährliche Rolle gespielt hat. Die Zahl und Art der Verbrechen, die ihm vorgeworfen werden, ist so groß und mannigfaltig, daß die Aufzählung als kurzgefaßter Abriss des Strafverzeichnisses gelten könnte. Worb, versuchter Totschlag, Kupferrub, Landfriedensbruch, Hochverrat, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Brandstiftung, Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz usw. sind nur einige besonders schöne Nummern aus der langen Liste.